



Interviews

Datum: 11. September 2023

Viola von Cramon im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: 1025 Personen hat das Umfrageinstitut Democratic Initiatives Foundation in der Ukraine – und zwar in den von der rechtmäßigen Regierung in Kiew kontrollierten Gebieten – im Auftrag der Zeitung „Bild am Sonntag“ befragt. Ergebnis: 90 von 100 Ukrainerinnen und Ukrainern glauben daran, dass ihre Armee das gesamte, von Russland völkerrechtswidrig besetzte Gebiet zurückerobert werde. Sechs Prozent glauben das nicht. Die Hälfte der Befragten betrachteten es als Niederlage, wenn die Krim nach dem Krieg in russischen Händen bliebe. Das entspricht der Haltung der ukrainischen Regierung. 40 Prozent sehen das nicht so. Einen Deal NATO-Mitgliedschaft gegen Verzicht auf ukrainisches Territorium lehnen 86 Prozent der Befragten, die an der Umfrage teilgenommen haben, ab. – Interessantes Datenmaterial.

Viola von Cramon ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments und gehört der Partei Bündnis 90/Die Grünen an. Guten Morgen.

Viola Von Cramon: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Frau von Cramon, eine Mehrheit für eine ukrainische Krim, aber 40 Prozent sähen einen Verlust nicht als Niederlage an. Ergeben sich für Sie daraus Anknüpfungspunkte für eine politische Beendigung von Putins Angriffskrieg?

Von Cramon: Sagen wir mal so: In welcher Form die Krim am Ende in ukrainischer Hand verbleibt, entmilitarisiert, in welcher Form wir da uns in den Verhandlungen annähern, das muss man sehen. Eines ist klar: Die Krim an sich, die

strategische Zurückeroberung der Krim ist der Schlüssel für die Beendigung des Krieges. Ich glaube, da sind sich im Moment auf jeden Fall die meisten Militär-experten einig.

Heinemann: Generell: Zu wieviel Prozent sollte das Völkerrecht bei einer Friedensregelung berücksichtigt werden?

Von Cramon: Das Völkerrecht sollte zu 100 Prozent berücksichtigt werden und natürlich auch die territoriale Integrität des jeweiligen Staates, der ja in der Ukraine sich so abzeichnet, dass wir die Grenzen von 1991 wieder herstellen müssten.

Heinemann: Welche Folgen hätten territoriale Zugeständnisse für Putins künftige Außenpolitik?

Von Cramon: Ich glaube, es geht nicht nur um Putins künftige Außenpolitik, sondern es geht um unsere Sicherheit in Europa. Was wir gesehen haben, auch nach dem Minsk-II-Abkommen, war ja gerade, dass Putin versucht hat, die Verpflichtungen, die er eingegangen ist, die er unterschrieben hat, nicht einzulösen, sondern stattdessen sein Land weiter aufzurüsten, seine Armee zu modernisieren, um diesen brutalen Angriff auf die Ukraine zu starten. Das heißt: Wenn wir ihm jetzt weiterhin Zeit geben und ihn nicht komplett zurückdrängen, können wir damit rechnen, dass die Ukraine und dass möglicherweise auch andere Regionen in Europa nicht sicher sind. Deswegen geht es darum, dass wir da jetzt zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Heinemann: Nur irgendwann kommt die Diplomatie ins Spiel, Frau von Cramon. Welche gesichtswahrende politische Lösung könnte eine Alternative zu einer militärischen Lösung mit vielen weiteren Opfern bilden?

Von Cramon: Ich möchte dem nicht vorgreifen. Das liegt wirklich auf der ukrainischen Seite und es liegt nicht an mir, da jetzt mit irgendwelchen Vorschlägen zu kommen. An dieser Stelle muss man noch mal sagen, dass wir wahrscheinlich in den nächsten Tagen auch aus Deutschland hoffentlich noch mal Ankündigungen von weiteren Waffenlieferungen sehen werden, was sehr, sehr wichtig ist für die Gegenoffensiven, sowohl im Osten als auch im Süden, und dann wird man sehen, wieviel Territorium bis zum Jahresende, bis zum Frühjahr wieder in ukrainischer Hand ist. Aus diesen, sagen wir, Kriegserfolgen muss man dann in eine Verhandlungslösung möglicherweise einsteigen, aber das wissen eigentlich auch alle Beteiligten.

Heinemann: Gerade wird gemeldet, dass die Bundesaußenministerin, dass Annalena Baerbock in Kiew eingetroffen ist. Sie haben es angesprochen, Frau von Cramon: 43 Prozent der Befragten sind mit dem Umfang der Waffenlieferungen aus Deutschland nicht zufrieden. 40 Prozent sind zufrieden. Was bedeuten diese Werte für die deutsche Politik?

Von Cramon: Erst mal ist es schon deutlich mehr, als wir zu Beginn des Krieges gesehen haben, als Deutschland ja sehr zurückhaltend und sehr abwartend war. Wir sind es immer noch, das ist auch für einige Menschen wichtig. Für uns, die wir der Ukraine nahestehen, die wir sehen, wie es vor Ort aussieht, wir würden uns da eine andere Herangehensweise wünschen, aber ich denke, dass das Vertrauen in Deutschland, wie Sie an den Zahlen auch ganz gut ablesen können, doch deutlich zurückgekommen ist. Sie erhoffen sich von Deutschland mehr Einsatz auch innerhalb der Europäischen Union. Jetzt haben wir ja zum

Beispiel über die Niederlande und über Dänemark gesehen, dass es F16-Kampf-
flugzeuge geben wird. Jetzt liegt es an uns, beispielsweise die Taurus freizuge-
ben. Das ist jetzt eine monatelange Debatte. Keiner weiß wirklich, worauf wir
noch warten, und das sind die Fragen, die auch in der Ukraine diskutiert wer-
den. Ich war jetzt zwei Tage in Kiew. Die einzige Frage, die mir überall gestellt
wird: Erklär' mir die Zurückhaltung von eurem Bundeskanzler.

Heinemann: Was haben Sie gesagt?

Von Cramon: Es ist schwer, das zu erklären. Wir hoffen, dass wir da demnächst
bei dieser Taurus-Frage, bei anderen Waffenlieferungen auch Erfolg verkünden
können.

Heinemann: Sie hoffen?

Von Cramon: Ich kann da keinen Einfluss nehmen auf die Entscheidungsfindun-
gen des Bundeskanzlers. Das ist bedauerlicherweise der Fall.

Heinemann: Frau von Cramon, Russland hat am Wochenende auch in den ukra-
inischen Gebieten sogenannte Wahlen durchgezogen. Wie sollte die Europäi-
sche Union mit den Kandidatinnen und Kandidaten umgehen, die sich für diese
völkerrechtswidrige Veranstaltung zur Verfügung gestellt haben?

Von Cramon: Ich glaube, es ist gut, es nicht mit Wahlen zu titulieren, sondern
wirklich Scheinwahlen. Es war eine grobe Verletzung des Völkerrechtes. Ich
denke, niemand in der EU, hoffentlich auch die meisten Staaten außerhalb der

EU werden diese Kandidatinnen und Kandidaten nicht anerkennen. Wir wussten vorher, welches Ergebnis rauskommt. Es gab eine klare Unterdrückung. Es konnten nur Menschen teilnehmen, die einen russischen Pass hatten. Es gab im Grunde auch gar keine Oppositionskandidaten, keine Alternativen. Aber was auch wichtig ist, wenn man sich die gesamten Lokalwahlen oder Kommunalwahlen in Russland ansieht, dann hat Russland und dann hat der Kreml ein großes Interesse, das gesamte Wahlsystem unter sich zu bekommen, und das gelingt zunehmend, auch weil die Menschen immer weniger Interesse an Politik haben, auch weil sie immer weniger sehen, dass die Politik ihre persönlichen Probleme lösen kann. Und Putin steht demnächst vor Neuwahlen, vor Präsidentschaftswahlen, und da haben viele Menschen Sorgen, dass er im Anschluss eine echte Generalmobilmachung ausrufen könnte und deswegen im Vorfeld noch mal so durchgreift, dass er eine umfassende Mehrheit bekommt, die nur durch Fälschung, nur durch Manipulation in dieser Form erreicht werden kann.

Heinemann: Brasilien ist Vertragsstaat des Rom-Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Der nächste G20-Gipfel findet in Brasilien statt. Präsident Lula hat jetzt gesagt, Putin werde, wenn er im kommenden Jahr nach Brasilien reisen würde, trotz des internationalen Haftbefehls gegen ihn nicht verhaftet. Wie sollte die Europäische Union auf diese Ankündigung reagieren?

Von Cramon: Lula hat uns schon an einigen Stellen immer wieder überrascht, um nicht zu sagen enttäuscht. Ich denke, in den nächsten Monaten werden viele Gespräche zu führen sein. Es ist in unserem Interesse, dass Vertragsstaaten sich auch an ihre unterzeichneten Verträge halten. Es gibt noch eine Menge Zeit bis dahin und natürlich hoffen wir auch, dass wir im Zuge der nächsten Monate nicht nur Brasilien, sondern auch andere Länder im globalen Süden, die sich jetzt oder in den letzten Monaten mehr und mehr Russland angenähert haben, dass man die auch mit guten Kooperationsprojekten, mit Handelsprojekten, mit Angeboten, mit Austauschmöglichkeiten, mit Investitionsmöglichkeiten

wieder für die EU gewinnen kann. In diesem Sinne denke ich mal, dass da das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.